

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/728894/fischbach-viele-pflegebeduerftige-konnen-mit-entlastungen-rechnen>

Ausgabe: Neue Osnabrücker Zeitung

Veröffentlicht am: 15.06.2016

Thema Pflege

Fischbach: Viele Pflegebedürftige können mit Entlastungen rechnen

von Melanie Heike Schmidt



Osnabrück. Viele Pflegebedürftige in einem Pflegeheim können ab dem kommenden Jahr mit deutlichen Entlastungen rechnen. Dies kündigte Ingrid Fischbach, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit, in einem Interview mit unserer Redaktion an.

Frau Fischbach, gerade in ländlichen Regionen ist die flächendeckende Versorgung älterer Menschen oft ein Problem. Ärzte klagen über Nachwuchssorgen, die Wege zum nächsten Arzt oder ins Krankenhaus sind weit. Was kann die Politik/die Regierung konkret tun, um die Situation zu verbessern?

Unser Ziel ist, eine gut erreichbare Versorgung überall in Deutschland, das erfordert gerade im ländlichen Raum mehr Anstrengungen. Wir haben deshalb die Möglichkeiten für die Kassenärztlichen Vereinigungen verbessert, gezielt Anreize für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum zu setzen. Wichtig ist, dass das jetzt genutzt wird. Außerdem haben wir die gemeinsame Berufsausübung erleichtert. Das kommt auch den Patientinnen und Patienten zugute. Dadurch können sich beispielsweise mehrere Hausärztinnen und Hausärzte in Medizinischen Versorgungszentren zusammen um eine Region kümmern und ihre Arbeitszeiten flexibel gestalten. Denn viele junge Ärztinnen und Ärzte wollen keine 60-Stunden-Woche mehr, sondern achten stärker auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um künftig mehr junge Ärztinnen und Ärzte für den Beruf des Hausarztes zu gewinnen, fördern wir mehr Weiterbildungsstellen.

Und im Krankenhausbereich sorgen wir mit Sicherstellungszuschlägen dafür, dass ein gut erreichbares Angebot von Krankenhäusern auch weiterhin erhalten bleibt. Patienten, die aus dem Krankenhaus entlassen werden, sich aber noch nicht alleine versorgen können, können seit diesem Jahr eine Kurzzeitpflege als neue Leistung der gesetzlichen Krankenkasse in Anspruch zu nehmen. Gerade für ältere Menschen in ländlichen Regionen ist das eine wichtige Hilfe.

Der größte Wunsch vieler Menschen ist es, im Alter möglichst lange selbstbestimmt und zu Hause leben zu können. Die Vorstellung, in ein Pflegeheim zu müssen, macht Angst. Jeder weiß: Pflegekräfte sind häufig überlastet, die Sorge, nicht gut behandelt zu werden, ist groß. Was muss hier passieren? Wie könnte das Vertrauen in die Pflege (wieder) wachsen?

Den Wunsch, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu leben, kann ich sehr gut nachvollziehen. Damit das besser möglich ist, haben wir die Unterstützung bei der Pflege zu Hause Anfang letzten Jahres massiv ausgeweitet. Gleichzeitig kann es aber auch gute Gründe geben, in ein Pflegeheim umzuziehen. Dazu gehört zum Beispiel der Wunsch, nicht allein zu Hause zu sein, sondern zuverlässig rund um die Uhr versorgt zu werden. Unsere Pflegekräfte leisten eine hervorragende Arbeit. Dafür verdienen sie Anerkennung und Dank, vor allem aber gute Arbeitsbedingungen. Deshalb haben wir die Voraussetzungen geschaffen, damit die Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen angepasst wird, unnötige Bürokratie abgebaut wird und die Bezahlung der Pflegekräfte nach Tarif gestärkt wird. Wichtig ist jetzt, dass die Verbesserungen in den Pflegeeinrichtungen vor Ort zügig umgesetzt werden, damit sie den Pflegekräften und den Pflegebedürftigen auch schnell zugutekommen.

Welche Verbesserungen bringen die geplanten Pflegestärkungsgesetze ganz konkret für die Betroffenen?

Seit Anfang letzten Jahres erhalten Pflegebedürftige und ihre Familien bei der Pflege zu Hause spürbar mehr Hilfe, zum Beispiel durch mehr Tages- oder Kurzzeitpflege, Zuschüsse für Hilfen im Haushalt oder wenn die Wohnung altersgerecht umgebaut werden muss. Und auch in den Pflegeheimen gibt es Verbesserungen, zum Beispiel durch mehr Betreuungskräfte. Außerdem haben wir festgeschrieben, dass der pflegebedingte Eigenanteil ab nächstem Jahr für alle Bewohner eines Pflegeheims gleich hoch ist. Zurzeit steigt der Anteil, den Heimbewohner für Pflege aus der eigenen Tasche zahlen müssen, mit ihrer Pflegestufe. Das heißt: Je pflegebedürftiger jemand ist, desto mehr zahlt er. Das hat dazu geführt, dass viele Heimbewohner eine höhere Pflegestufe vermeiden wollten. Sie hatten Angst davor, mehr zahlen zu müssen. Diese Sorge wollen wir ihnen nehmen. Deshalb soll der pflegebedingte Eigenanteil in einem Pflegeheim mit zunehmendem Hilfsbedarf künftig nicht mehr steigen. Das wird viele entlasten.

Projekte wie etwa die „Rollende Praxis“ versuchen, mobile Gesundheitsleistungen auch im ländlichen Raum möglich zu machen. Wäre das nicht eine Idee, die bundesweit Schule machen könnte?

Es gibt bereits gute Beispiele, die die ambulante und stationäre Versorgung auf dem Land ergänzen und helfen, räumliche Entfernungen zu überwinden. Das Konzept der „Rollenden Praxis“ ist eines davon. Auch über den Innovationsfonds wollen wir innovative Versorgungsformen im ländlichen Raum fördern. Auch der Einsatz von Telemedizin kann die Versorgung weiter verbessern. Mit Messgeräten können etwa das EKG, der Blutdruck und andere wichtige Daten an den Arzt übertragen werden. Das erspart gerade in der Nachsorge und Kontrolle zusätzliche Wege. Mit dem E-Health-Gesetz machen wir hier Tempo, damit solche Verbesserungen den Patientinnen und Patienten schnell zugutekommen.

Weiterlesen: Alles zum Zukunftsprojekt Dorfleben 2.0 (<http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/656323/dorfleben-2-0-das-alterwerden-im-digitalzeitalter>)

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.